Bewerbungsrede von Maritta Böttcher für die Direktmandataufstellung der LINKEN im Landtagswahlkreis 24

Liebe Genossinnen und Genossen,
dass ich hier noch mal wegen eines solchen Anliegens stehe, hatte ich nicht eingeplant, aber manchmal kommt es anders als man selber denkt!

Ich bin 59 Jahre alt, im 41. Jahr mit meinem Gert verheiratet, habe eine Tochter, einen Schwiegersohn und zwei wunderbare Enkel. Das ist mein Halt, ohne den ich hier nicht stehen würde.

Wir haben hier eine Hausmacht zu verteidigen und das ist mir mit meiner großen Erfahrung und meinem Ehrgeiz die Ziele der LINKEN um- und durchzusetzen, sehr, sehr wichtig!

Mein Hauptanliegen ist die Kommunalpolitik und damit habe ich auch gut zu tun – aber sie funktioniert eben auch nur, wenn die übergeordnete Politik stimmt.

Fast vier Jahre rot-rote Regierungsarbeit liegt hinter uns.
Brandenburg – sozial voran. Das ist für uns LINKE wesentlich. Das bedeutet: kein öffentlicher Auftrag mehr bei Stundenlöhnen unter 8,50 Euro.
Gute Bildung für unsere Kinder – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und unabhängig von der Region, in der das Kind groß wird. Gute Gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land.

Wir dürfen uns nicht an Armut gewöhnen, sondern müssen sie überwinden. Was wir auf Landesebene dafür tun können, packen wir an, beispielsweise mit dem Schüler-Bafög, Programmen für Langzeitarbeitslose oder indem es keine Landesförderung mehr für Betriebe gibt, deren Belegschaft über 30 % Leiharbeiter ausmacht.

LINKS tut Brandenburg gut – auch wenn wir nicht alles und sofort erreichen können. Dafür braucht es weiterhin alle Anstrengungen.

LINKE für gute Arbeit, gute Wirtschaft

Kein öffentlicher Auftrag mehr bei Stundenlöhnen unter 8,50 €. Diese Lohnuntergrenze ist nach oben offen, ein Anstieg ist somit möglich.

Fördermittel werden an Tarife, Ausbildungsquote und Qualifikation der Belegschaft gekoppelt.

Kürzung der Landesförderung für Betriebe mit mehr als 10 % Leiharbeiter_innen. Bei mehr als 30 % Leiharbeiter_innen entfällt die Förderung.

Aktionsplan »ProIndustrie« Brandenburg – Leitlinien für einen modernen und ökologischen Industriestandort Brandenburg gestartet.

Zahl der Arbeitslosen sank auf den niedrigsten Wert seit 1991, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg an. Die Herausforderung aber bleibt: mehr als ein Drittel sind prekär beschäftigt.

LINKE für Bildung

Kinderbetreuung: Bereits zu Beginn der Legislaturperiode war der Betreuungsschlüssel in den Kita für die Kleinsten auf 1:6 und für die älteren über Drei auf 1:12 verbessert worden.

Einstellungskorridore seit 2009 geschaffen: Brandenburg hat 2.000 Lehrer_innen bis 2013 eingestellt – 750 mehr, als noch im Koalitionsvertrag vorgesehen.

Insgesamt wurde im Vergleich zum Koalitionsvertrag die Anzahl der Stellen in der Landesverwaltung für das Jahr 2018 von 40.000 auf 43.000 Stellen erhöht. Damit sind dauerhaft 6.500 Nachbesetzungen gesichert.

LINKE für Lebensqualität

Die Nachhaltigkeitsstrategie wird die Idee der Nachhaltigkeit/ Lebensqualität in allen Ressorts zur Geltung bringen. Nachhaltigkeitsbeirat Anfang der Legislaturperiode berufen.

Gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land: Gemeindeschwester AGNES II betreut in einem bundesweit einmaligen Programm Patient_innen im ländlichen Raum.

Alle Krankenhausstandorte bleiben erhalten, sie sind und bleiben der Anker der gesundheitlichen Versorgung im Land.

Brandenburg kämpft im Bund gegen Wucherzinsen bei Dispo-Krediten und war – wie DIE LINKE insgesamt – Vorreiter bei der Forderung nach Abschaffung der Praxisgebühr.

LINKE gegen Armut, für Teilhabe

Schüler-Bafög hilft Kindern von Geringverdienenden auf dem Weg zum Abitur. Das Projekt ist bundesweit einmalig.

Programm »Arbeit für Brandenburg«: Chancen für Arbeitslose durch Anlehnung an das LINKE-Konzept „Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor“ (ÖBS) verbessert. Für mehr ÖBS stehen wir in den Startlöchern, aber Schwarz-Gelb im Bund blockierte mögliche Fortschritte durch massive finanzielle Einschnitte und einen schlechten Umbau der Förderinstrumente.

Strukturwandel: Nachhaltig mit LINKS

Energiestrategie 2030 forciert den Durchbruch für die Erneuerbaren Energien:

Energiewende sozial gestalten: Stromsteuer weg, verbindliche Sozialtarife, faire Umlage der Netzausbaukosten, Abbau der Privilegien großer Unternehmen bei Strompreisbestandteilen

LINKE und sozialer Rechtsstaat

Residenzpflicht aufgehoben: Asylsuchende und geduldete Ausländer können sich in Brandenburg frei bewegen und auch ohne förmlichen Antrag nach Berlin fahren.

Sozialgerichte gestärkt: 55 Richterstellen wurden zur Verkürzung der Verfahrensdauer 2009/2010 entfristet bzw. neu geschaffen.

Polizei- und Amtsgerichtsreform: Die Wachen und Gerichtsstandorte bleiben erhalten. Die Polizeipräsenz in der Fläche des Landes bleibt bestehen. Alle 1.870 Streifen- und 549 Revierpolizisten werden weiter ihren Dienst tun.

Verwaltungsgerichte durch Altfall-Kammern gestärkt, Abbau der Altverfahren um 65 % !

Rechtssicherheit für Datschenbesitzer hergestellt: Einzelfallprüfung, dauerhaftes Wohnen kann geduldet werden.

Strafvollzugsgesetz rückt Resozialisierung von Tätern ins Zentrum – Brandenburg Vorreiter einer modernen Kriminalitätsverhütung

DIE LINKE: Kluger Umgang mit Geld

Erstmals wird die Schuldenaufnahme im Landeshaushalt beendet – mit sozialem Augenmaß. Denn die Ausgaben für Bildung sowie Wissenschaft und Forschung sind gestiegen. Angelegte Reserven erlauben, die unerwarteten Flughafen-BER-Probleme trotzdem abzufangen.

Brandenburgs Kommunen stehen bei der Finanzausstattung aus Landesmitteln bundesweit am besten da! Die Schlüsselzuweisungen wurden weiter erhöht und Investitionen hilfsbedürftiger Kommunen erleichtert. Neu ist ein Demografiefaktor und zwischen armen und reichen Kommunen haben wir einen Solidar-Ausgleich eingeführt.

Für eine andere Finanzpolitik im Bund und in der EU: Nein zu Fiskalpakt und ESM, erfolgreiche Bundesratsinitiative zur Anhebung des Spitzensteuersatzes – gemeinsam mit anderen, von der SPD (mit-) regierten Ländern

LINKE stärkt die Demokratie

Abstimmungs-Alter bei Kommunal- und Landtagswahlen sowie bei der Volksgesetzgebung in Brandenburg auf 16 Jahre gesenkt.

Hürden für Beteiligung an Volksbegehren gesenkt: Sechs statt vier Monate Zeit für Unterschriftensammlung, Briefwahl vereinfacht, Eintragungsmöglichkeiten räumlich erweitert

Antirassismusklausel kam in die Landesverfassung: Rassismus und Fremdenfeindlichkeit werden geächtet. Brandenburg ist nach Mecklenburg-Vorpommern das zweite Bundesland mit einer solchen Klausel.

Und so geht es weiter:

1. Fluglärm-Schutz am BER: Erstmals stimmte der Landtag einem erfolgreichen Volksbegehren zu.

2. Lohnuntergrenze von 8.50 € pro Stunde bei öffentlichen Aufträgen ab 1. Januar 2014 - Landtagsbeschluss im November 2013.

2. Bundesratsinitiative

- „Gute Arbeit - Zukunftsfähige und faire Arbeitspolitik" gem. Landtagsbeschluss vom 24. 4. 2013 (Drs. 5/7200).
Schwerpunkte: flächendeckender Mindestlohn, equal pay, Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte.

3. Bessere Bezahlung für die Pflegekräfte im Land.

Wir unterstützen aktiv die laufenden Tarifverhandlungen zur Verbesserung des Personalschlüssels in der Pflege.

4. Bessere Bedingungen für junge Menschen

1. Jugendbeteiligungsgesetz noch in dieser Legislaturperiode! Wir drängen Initiatoren und Landtag, jetzt das parlamentarische Verfahren einzuleiten.

2. Rückmeldegebühr für Student*innen schnellstmöglich abschaffen – mit der Novelle des Hochschulgesetzes.

III. Besser leben in Brandenburg

1. Mietpreisdeckelung für brandenburgische Städte einführen. Der Bund hat diese Möglichkeit mit dem Mietrechtsänderungsgesetz eröffnet Es wird im Land überprüft, wo dies angeraten ist. Wir wollen die Potsdamer Erfahrungen mit der Flexibilisierung von Miet- und Belegungsbindungen bei Fortführung der Wohnraumförderung verallgemeinern.

2. Menschenwürdige Unterbringung und bessere Bedingungen für Flüchtlinge in Landkreisen - Änderung Landesaufnahmegesetz.

IV. Bessere Vorbeugung gegen Kriminalität

1. Jugendarrestvollzugsgesetz - erstmals für Brandenburg. Jugendarrest ist keine Strafe, aber dennoch ein Eingriff in Grundrechte. Daher: Eingriffsbefugnisse Staat genau regeln, Förderung der Jugendliche zum Ziel erheben ("erstes soziales Training" - nicht mehr Verwahrung, Abschreckung).

2. Stärkung kommunale Kriminalitätsverhütung - Zusammenspiel von Polizei, Justiz und Kommunen. Pilotprojekte; Einsetzung einer/s Beauftragten für kommunale Kriminalitätsverhütung.

3. Konzeptionelle Vorbereitung der Evaluierung Polizeireform.

V. Wertschöpfung

- Förderung derBestrebungen zur Verringerung der CO2-Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft. Stärkere Integration der Entwicklung von städtischen und ländlichen Räumen durch fondsübergreifende Zusammenarbeit.

- Antrag zur nachhaltig regionalen Landwirtschaft in Brandenburg (Schlussfolgerung aus Fachgespräch zur Agrarwirtschaftsinitiative): Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten, Schulung und Beratung von Direktvermarkter*innen.

- Unterstützung für die Breitband-Initiative des Wirtschaftsministeriums.

VI. Brandenburgs Interessen im Bund

1. Wir drängen auf die Einführung eines „Solidarpakts III für gefährdete Regionen in Ost und West“ ab 2019, wie ihn DIE LINKE Anfang 2013 in die bundesweite Debatte eingeführt hat. Er soll eine sozial-ökologisch ausgerichtet Regional- und Strukturpolitik in Ost und West ermöglichen. Zu Finanzierung soll der Solidaritätszuschlag auf die Lohn- und Einkommenssteuer genutzt werden.

2. Wir wollen die Bundesrats-Initiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer zum Erfolg führen! Die von Brandenburg mit initiierte Initiative zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes ist bereits im Bundesrats- Verfahren; an der Aufhebung des Ehegatten-Splittings werden wir gemeinsam mit der Bundestagsfraktion weiter arbeiten.

Und schließlich:

Die Antirassismus-Klausel, um die wir uns seit Jahren bemüht haben, wurde in der Landesverfassung verankert.

Und schließlich:

Trotz – aber ich meine natürlich wegen eines linken Finanzministers - schließt die rot-rote Landesregierung den Landeshaushalt zum dritten Mal in Folge mit Überschuss ab und ermöglicht erstmals eine Tilgung alter Schulden. Das Land Brandenburg hat das gerade zu Ende gegangene Haushaltsjahr 2013 mit einem Überschuss in Rekordhöhe abgeschlossen. Wie Finanzminister Dr. Helmuth Markov mitteilte, wird damit zum ersten Mal seit der Gründung Brandenburgs im dritten Jahr in Folge keine Neuverschuldung aufgenommen. 2014 ist im Landeshaushalt von vornherein keine Neuverschuldung mehr geplant.

Helmuth Markov informierte: „Über die genaue Höhe des Überschusses haben wir zwar erst mit dem endgültigen Jahresabschluss für 2013 Gewissheit. Die vorliegenden Zahlen lassen jedoch ein Plus von mehr als 500 Millionen Euro erwarten. Ermöglicht wurde dieses positive Ergebnis zum einen, weil die Einnahmen aus Steuern, dem Länderfinanzausgleich und den Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen um rund 144 Millionen Euro stärker stiegen, als noch mit der November-Steuerschätzung vorhergesagt. Zum anderen – und darüber freue ich mich besonders –, weil dank der Disziplin der gesamten Landesregierung die Ausgaben auf einem stabilen Niveau geblieben sind.“

Bereits mit dem Nachtragshaushalt 2013/2014 war eine deutliche Verbesserung für den Verlauf des Haushaltsjahres 2013 vorhergesehen worden. Das zeigte sich unter anderem an der erheblichen Verringerung der geplanten Nettokreditaufnahme und der Verringerung der Zinsausgaben. Letztere blieben zum Jahresende mit rund 465 Millionen Euro noch einmal deutlich unter dem mit dem Nachtrag verringerten Soll von 520 Millionen Euro. Insgesamt wird das Haushaltsvolumen über dem Soll des Nachtrags von 10,3 Milliarden Euro liegen.

Ausschlaggebend hierfür sind insbesondere im Plan nicht enthaltene, durchlaufende Zuweisungen des Bundes an die Brandenburger Kommunen für die Grundsicherung. Diese schlagen sich als Mehreinnahmen und Mehrausgaben im Jahresergebnis in Höhe von 247 Millionen Euro nieder. Die Investitionsausgaben bewegen sich mit gut 1.350 Millionen Euro auf dem Niveau des Vorjahres.

Markov: „Es ist uns gelungen, auf eine Inanspruchnahme der mit dem Nachtragshaushalt Ende November bereits deutlich reduzierten Kreditermächtigung vollständig verzichten zu können, obwohl das Land 2013 mehr als 100 Millionen Euro für den Flughafenneubau bereit gestellt hat. Mit diesem Rekord-Jahresüberschuss ist es erstmals möglich, die Hälfte davon zur Tilgung der Landesschulden von insgesamt rund 18,7 Milliarden Euro einzusetzen."

Die andere, nicht zur Tilgung verwendete Hälfte des Überschusses wird der Allgemeinen Rücklage des Landes zugeführt und damit für den weiteren Aufbau einer Schwankungsreserve verwendet. Markov warnte davor, angesichts des hohen Jahresüberschusses den Konsolidierungskurs zu verlassen. „Das positive Ergebnis darf nicht den Blick auf die künftigen finanzpolitischen Herausforderungen verstellen und zu einem Nachlassen der Haushaltsdisziplin führen", betonte er. Derzeit laufen nach Markovs Angaben die Arbeiten am Jahresabschluss. Mit dem endgültigen Ergebnis sei nicht vor Ende Februar zu rechnen.

Schlussendlich habe ich mir die Ergebnisse der letzten beiden Landtagswahlen nochmals angesehen:

In unserem Wahlkreis 24 gab es 2004 folgende Ergebnisse:

	Zweitstimmen	Erststimmen
SPD	34,7 %	30,2 % (Steffen Reiche)
DL	29,5 %	35,2 % (Kornelia Wehlan)
CDU	17,8 %	20,5 % (Carola Hartfelder)

Und 2009:

SPD	36,4 %	28,7 % (Sieglinde Heppener)
DL	29,7 %	36,8 % (Kornelia Wehlan)
CDU	17,4 %	19,1 % (Sven Petke)

Bisher ist bekannt, dass für die SPD Erik Stohn und für die CDU Sven Petke kandidieren wird. Wenn ich heute gewählt werde, nehme ich die Herausforderung im vollen Umfang an.

Ich möchte zum dritten Mal in Folge das Direktmandat für DIE LINKE in unserem Wahlkreis gewinnen. Ich will es ganz oder gar nicht: ich kandidiere nicht auf der Liste, auch wenn ich immer wieder darum gebeten werde!

Ich setze auf Sieg und nicht auf Platz!

Entweder meine Wähler/innen wollen eine direkte Anbindung einer Kommunalpolitikerin mit Herz und Verstand zur Landespolitik, dann werde ich gewinnen und alles tun, was unsere südliche Brandenburger Region voranbringt! Ansonsten werde ich als Kommunalpolitikerin nicht müde werden, mein Bestes zu geben!